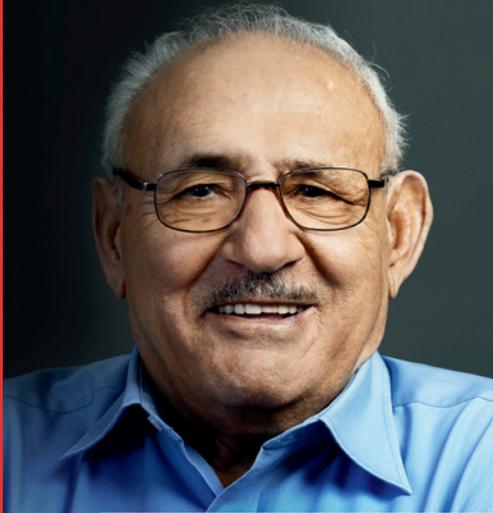




Echt AWO. Lernen Sie im Rahmen einer Aktionswoche Mitte Juni echtes Engagement und echte Vielfalt der AWO in ganz Deutschland kennen.



Ansicht

2015





Liebe Leserin, lieber Leser

Freiwilliges Engagement ist tief in der Tradition der AWO verwurzelt. Natürlich hat auch die AWO im Zuge verschiedener Entwicklungen mit sinkenden Mitgliedszahlen und veränderten Einstellungen zum Engagement zu kämpfen. Und doch können wir im Präsidium und Vorstand des Bundesverbandes bei unseren Besuchen von AWO-Einrichtungen und -Projekten in ganz Deutschland immer wieder eines feststellen: In den 30 Landes- und Bezirksverbänden, Hunderten von Kreisverbänden, in Tausenden von Ortsvereinen engagieren sich Tag für Tag Zehntausende Haupt- und Ehrenamtliche im Sinne der AWO. Diese Erkenntnis war nicht zuletzt der Impuls, eine Aktionswoche der AWO durchzuführen; eine Aktionswoche, die in den Verband wirkt und zugleich die Menschen vor Ort einlädt, die AWO kennenzulernen; eine Aktionswoche, die zeigt, wie organisierte Teilhabe konkret aussehen kann.

Die Aktionswoche vom 13. bis 21. Juni 2015 wird von einer Kampagne begleitet. Unter dem Motto »Echtes Engagement. Echte Vielfalt. Echt AWO.« werden Themen und Aktivitäten rund um die »AWO-Aktionswoche« platziert (www.echt-awo.org). Der Slogan spiegelt wider, dass die AWO Teilhabe für jeden Menschen organisieren möchte. Mit der Aktionswoche möchte die AWO zugleich alle interessierten Menschen einladen, bei den Angeboten der AWO mitzumachen oder sie in Anspruch zu nehmen. Das vorliegende Heft präsentiert Engagierte und ihre Tätigkeiten in der und für die AWO; lernen Sie Menschen und Einrichtungen der AWO kennen. Erfahren Sie in unseren Interviews und Kommentaren, unter anderem von Bundesministerin Manuela Schwesig, mehr über die Bedeutung von Engagement und Teilhabemöglichkeiten für unser demokratisches Miteinander in Deutschland insgesamt. Wir wünschen Ihnen eine ertragreiche Lektüre.

Wilhelm Schmidt
Vorsitzender des Präsidiums

IMPRESSUM

Herausgeber

AWO Bundesverband e. V.
Blücherstraße 62/63 · 10961 Berlin
Tel 030/26309-0 · Fax 030/26309-32599
info@awo.org · www.awo.org

Redaktion AWO Ansicht

Tel 030/26309-4553 · Fax 030/26309-324553
awo-ansicht@awo.org

Redaktion Brigitte Döcker · Mona Finder
Berit Gründler · Peter KuleBa (v.i.S.d.P.)
Wolfgang Stadler

Konzept und Gestaltung Stephanie Roderer,
München · www.stephanie-roderer.de

Fotografie Titel, S. 3, 6, 10, 11, 13, 14, 19, 20 AWO Bundesverband · S. 4 AdsD/Friedrich-Ebert-Stiftung, AWO Landesverband Berlin · S. 5 Clara Becker / Netzwerk Artikel 3 e. V. · S. 7 Aktion Deutschland Hilft / Schamberger · S. 9 fotolio.com / iStockphoto.com / shutterstock.com · S. 17 Volker Wiciok für das Kulturwissenschaftliche Institut Essen (KWI) · S. 21 AWO Bezirksverband · Westliches Westfalen · S. 22 Bundesregierung/Denzel

Anzeigen AWO Bundesverband e. V.

Druck

Ulenspiegel Druck GmbH & Co. KG, Andechs
Der Standort hat ein geprüftes Umweltmanagement nach EMAS D-155-00126
Gedruckt auf Arctic Volume white FSC® mixed credit – GFA-COC-001787

Es gilt jeweils die männliche bzw. weibliche Schreibform für beide Geschlechter.



geprüftes
Umweltmanagement
D-155-00126





GROSSE EHRE FÜR HANS NISBLÉ

Aus den Händen des AWO Präsidenten Wilhelm Schmidt (r.) erhielt Hans Nisblé die Marie-Juchacz-Plakette. Hans Nisblé ist seit 2004 Landesvorsitzender der Berliner Arbeiterwohlfahrt. Im Jahr 1985 wurde Nisblé Mitglied des Abgeordnetenhauses. 1986 wurde er zum Bezirksstadtrat für Sozialwesen seines Heimatbezirks Wedding und 1994 von der Weddingener Bezirksverordnetenversammlung zum Bezirksbürgermeister gewählt. Dieses Amt übte er nach der Wiederwahl von 1995 bis 2000 aus. Im Jahr 2001 war Hans Nisblé nochmals Bezirksstadtrat für Soziales und Gesundheit sowie stellvertretender Bürgermeister des neuen Bezirks Mitte.

JUGENDARBEIT

Fanprojekte machen Stadionbesuch sicherer

Auch dank der Fanprojekte ist der Besuch eines Fußballspiels im Stadion so sicher wie noch nie. Die Fanprojekte leisten im Rahmen ihres Jugendhilfeauftrages einen wichtigen Beitrag zum besonderen Stadionerlebnis für Jugendliche. Wesentlich ist dabei, dass die Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen verlässliche Wegbegleiter für die jugendlichen Fans sind. Die AWO ist der größte Träger sozialpädagogischer Fanprojekte in Deutschland. Von 55 Fanprojekten befinden sich 12 in ihrer Trägerschaft. Zehn dieser Fanprojekte sind im AWO-Verbund der Fanprojekte organisiert, der die Förderung und Weiterentwicklung der sozialpädagogischen Arbeit mit jugendlichen Fußballfans zum Ziel hat. Kürzlich ist ein Positionspapier des AWO Bundesverbandes mit weiterführenden Informationen und Analysen zur sozialpädagogischen Fanprojektarbeit erschienen.

➔ Jörg Rodenbüsch, Sprecher des AWO-Verbundes der Fanprojekte
Tel 0681/9892725

VERBANDSINFORMATION

AWO verleiht Marie-Juchacz-Plakette an Hans Nisblé

Im Rahmen der Feierlichkeiten anlässlich des 70. Geburtstages des Landesvorsitzenden der Berliner AWO hat das Präsidium der Arbeiterwohlfahrt Hans Nisblé die Marie-Juchacz-Plakette verliehen. »Wenn man etwas für die Arbeiterwohlfahrt geleistet hat«, so AWO Präsident Wilhelm Schmidt, »dann hat man auch etwas für die Menschen gemacht, in dieser Stadt und weit darüber hinaus. Wir sind dir sehr dankbar.« Hans Nisblé dankte Wilhelm Schmidt und dem AWO Bundesvorsitzenden Wolfgang Stadler und zeigte sich von dieser höchsten Auszeichnung der Arbeiterwohlfahrt freudig überrascht: »Ich habe mich riesig über die Verleihung der Marie-Juchacz-Plakette gefreut – die Auszeichnung berührt mich sehr.« Die Marie-Juchacz-Plakette wird bereits seit 1969 vom Präsidium der Arbeiterwohlfahrt als Ehrung an Persönlichkeiten vergeben, die sich um die gesellschaftspolitischen Ziele der Arbeiterwohlfahrt und um ihre Aufgaben in besonderer Weise verdient gemacht haben.

➔ AWO Bundesverband • info@awo.org

HISTORISCHES PORTRÄT

Gertrud Hanna 1876 – 1944

Bei der Gründung der Arbeiterwohlfahrt 1919 war Gertrud Hanna Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses, später im Arbeitsausschuss des Hauptausschusses. Ihre Tätigkeit als Buchdruckerei-Hilfsarbeiterin mündete im Engagement für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, insbesondere für Frauen. Ihr Engagement führte zu einer Einstellung als besoldete Sekretärin in der Gewerkschaft. Mit ihrer Expertise verfasste sie Artikel für die Zeitschrift »Arbeiterwohlfahrt«. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten konnte sie wegen des Berufsverbots nur schwerlich ihren Lebensunterhalt bestreiten. Gertrud Hanna und ihre Schwester nahmen sich, vorwiegend politisch begründet, 1944 das Leben.

➔ Weitere Informationen zur Historie der AWO finden Sie im Historischen Archiv der AWO www.awo-historie.org





Mitglieder der BRK-Allianz bei der Anhörung der Zivilgesellschaft durch den UN-Fachausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen im März 2015 in Genf.

BEHINDERTENPOLITIK

UN-Fachausschuss erteilt Bundesrepublik ein Mangelhaft

Deutschland wurde am 26. und 27. März 2015 vor dem Fachausschuss der Vereinten Nationen zum Stand der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) geprüft. Die nun veröffentlichten Empfehlungen stellen Deutschland kein gutes Zeugnis aus. An vielen Stellen äußert sich der UN-Fachausschuss mit großer Sorge. Demnach ist die menschenrechtsbasierte Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland nur mangelhaft.

Der UN-Fachausschuss empfiehlt der Bundesrepublik unter anderem, dass Programme für Frauen und Mädchen mit Behinderungen, insbesondere mit Fokus auf Frauen mit Migrationshintergrund und Frauen mit Fluchterfahrung und Behinderungen, implementiert und entsprechende Gesetze und Maßnahmen entwickelt werden sollen. Die Expertinnen und Experten betrachten auch das deutsche Bildungssystem mit Sorge. Der Bundesregierung wird dringend empfohlen – gemeinsam mit den Bundesländern – eine Strategie, einen Aktionsplan,

eine Zeitschiene und Zielvereinbarungen zu entwickeln und finanzielle und personelle Ressourcen zur Verfügung zu stellen, damit unser Bildungssystem zu einem hochwertigen inklusiven Bildungssystem weiterentwickelt wird.

Um die Lage von Menschen mit Behinderung in Deutschland – aber auch in Programmen und Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit – einschätzen zu können, erhielt der UN-Fachausschuss zusätzliche Informationen aus der Zivilgesellschaft. Die sogenannte BRK-Allianz, der auch die AWO angehört, und die Monitoring-Stelle zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention haben das Staatenberichtsprüfverfahren durch die Veröffentlichung kritischer Parallelberichte und Kommentierungen begleitet. Der AWO Bundesverband war als Mitglied der BRK-Allianz in Genf vor Ort.

 Cordula Schuh • Tel 030 / 26309165
cordula.schuh@awo.org



WERT SOZIALER ARBEIT

Allein der demografische Wandel sorgt für große Herausforderungen: Auf der einen Seite wächst die Gruppe der Älteren, die Unterstützung benötigen. Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass Jugendliche bessere Chancen erhalten, nicht zuletzt, weil sie als potenzielle Fachkräfte gebraucht werden. Alles spricht daher dafür, dass wir in Deutschland einen gut ausgestatteten sozialen Sektor mit qualitativ hochwertigen Leistungen pflegen, in dem anspruchsvolle Jobs adäquat bezahlt werden. Paradoxerweise ist das Gegenteil der Fall: Geringe Bezahlung, Fachkräftemangel, niedriges Sozialprestige – das ist die Realität in den meisten sozialen Berufen. In einer Veranstaltungsreihe haben Mitglieder und Mitarbeiter der SPD-Bundestagsfraktion gemeinsam mit dem Vorstand und Führungskräften des AWO Bundesverbands sowie externen Referenten auf fünf Veranstaltungen folgende Fragen diskutiert: Wie lassen sich die Rahmenbedingungen so gestalten, dass die Soziale Arbeit ihre Bedeutung nicht verliert? Was kann Politik tun, um gemeinsam mit den maßgebenden zivilgesellschaftlichen Akteuren dafür zu sorgen, dass die Soziale Arbeit die Wertschätzung bekommt, die sie verdient? Aus dieser Reihe ist ein Reader zum »Wert Sozialer Arbeit« entstanden, der explizit die politisch-praktische Umsetzung von relevanten Fragen des sozialen Miteinanders in Deutschland ins Auge nimmt.

➔ Der Reader ist zu bestellen über Michael Groß MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

POLITIK

AWO trifft Parlamentarier

Über 70 SPD-Bundestagsabgeordnete kamen kürzlich zum Parlamentarischen Frühstück der AWO. Regelmäßig lädt der AWO Bundesverband interessierte SPD-Parlamentarier ein, um mit Mitgliedern aus Präsidium und Vorstand der AWO über aktuelle und zukünftige sozialpolitische Vorhaben zu diskutieren. Neben Themen wie Pflegeberufe, Einwanderungsgesetz, Kita-Qualität und dem Tarifvertrag Soziales stand vor allem die Präsentation des Readers »Wert Sozialer Arbeit« im Mittelpunkt (siehe nebenstehenden Bericht), der gemeinsam vom AWO Bundesverband und der AWO-Parlamentariergruppe unter Federführung des Gastgebers und Organizers der AWO-Parlamentariergruppe, Michael Groß MdB, ausgearbeitet wurde.

➔ Dr. Joß Steinke • Tel 030 / 26309201
joss.steinke@awo.org

INNOVATIVE PROJEKTE



Keine brotlose Kunst

Das Projekt »Brot-Galerie« ist ein ergänzendes Arbeitsangebot für psychisch erkrankte Menschen, die nicht reha- und erwerbsfähig sind. Diese Menschen mit besonderen Schwierigkeiten erhalten mit fachlicher Unterstützung die Gelegenheit, einer niederschweligen beruflichen Tätigkeit mit wenigen Wochenstunden nachzugehen, und bekommen eine finanzielle Unterstützung im Rahmen einer Ehrenamtszuschale. In einem Verkaufsladen werden Backwaren zum halben Preis angeboten. Dazu gehören sowohl Backwaren des Vortags (»Bestes von Gestern«) als auch frische Brötchen und Kaffee. In der Galerie haben regionale Künstler und Kunsthandwerker die Möglichkeit, ihre Exponate zu verkaufen, und können Workshops oder Aktionen veranstalten. Alle Mitarbeitenden der Brot-Galerie sind in sämtliche Bereiche (Verkauf, Organisation, Werbung etc.) eingebunden. Die gesamten Einnahmen der Brot-Galerie kommen diesem sozialen Projekt zugute. Das Projekt wird zusätzlich durch die AWO Göttingen gGmbH unterstützt.

➔ Brot-Galerie • Frau Hübener • Tel 0551 / 38489841
brot-galerie@awo-goettingen.de



HELFEN SIE!

Etwa 8 Millionen Menschen sind vom Erdbeben in Nepal betroffen und auch weiterhin dringend auf Hilfe angewiesen. Deshalb bitten wir Sie um Ihre Spende.

➔ Spendenkonto AWO International e. V.
Stichwort: Erdbeben Nepal
IBAN: DE83 1002 0500 0003 2211 00
BIC: BFSWDE33BER

20 Euro kostet eine stabile Zeltplane mit Decken für eine Familie. 90 Euro kostet ein komplettes Hilfspaket mit Zeltplane, Decken, Kochutensilien, Hygieneartikeln wie Seife und Kleidung.

AWO INTERNATIONAL

Erdbeben in Nepal

Ein schweres Erdbeben der Stärke 7,9 hat am 25. April Nepal getroffen und verheerende Schäden hinterlassen. Laut UN-Angaben sind mehr als 7.800 Menschen ums Leben gekommen, über 16.000 wurden verletzt. Mehr als 500.000 Häuser sind komplett zerstört oder schwer beschädigt. AWO International ist seit 2009 mit einem Regionalbüro direkt in Kathmandu und arbeitet eng mit nationalen Nichtregierungsorganisationen zusammen. Durch unsere Struktur vor Ort konnten wir schnell reagieren und unmittelbar nach dem Erdbeben Hilfslieferungen in die Wege leiten. Insgesamt wurden in der Nothilfephase 27.500 Menschen in den Distrikten Sindhupalchok, Nawalparasi und Kathmandu mit dringend benötigten Hilfsgütern wie z.B. Zelten und Planen für Unterkünfte, Hygieneartikeln und Lebensmitteln versorgt.

➔ Ingrid Lebherz • Tel 030 / 25292772
ingrid.lebherz@awointernational.de • www.awointernational.de

Wohlfahrtsverbände sind wichtig

Wahrnehmung und Realität haben oftmals kaum etwas miteinander zu tun. So auch angesichts der Zahlen des aktuellen AWO-Sozialbarometers. Nicht selten werden Wohlfahrtsverbände wie die AWO oder die Caritas als alte, angestaubte Großorganisationen abgestempelt. Und es wäre sicher vermessen, wenn Wohlfahrtsverbände angesichts sinkender Mitgliederzahlen und wachsender privater Konkurrenzen im Bereich sozialer Dienstleistungen die Herausforderungen, vor denen sie dabei stehen, ausblenden würden. Zur Wahrheitsfindung gehört aber auch, dass laut den vorliegenden Zahlen des AWO-Sozialbarometers die Menschen in Deutschland Wohlfahrtsverbände als quasi unumstößliches Inventar für Gegenwart und Zukunft wohlfahrtsstaatlicher Strukturen erachten. Dies mag zwar nicht dem politischen, ökonomischen und medialen

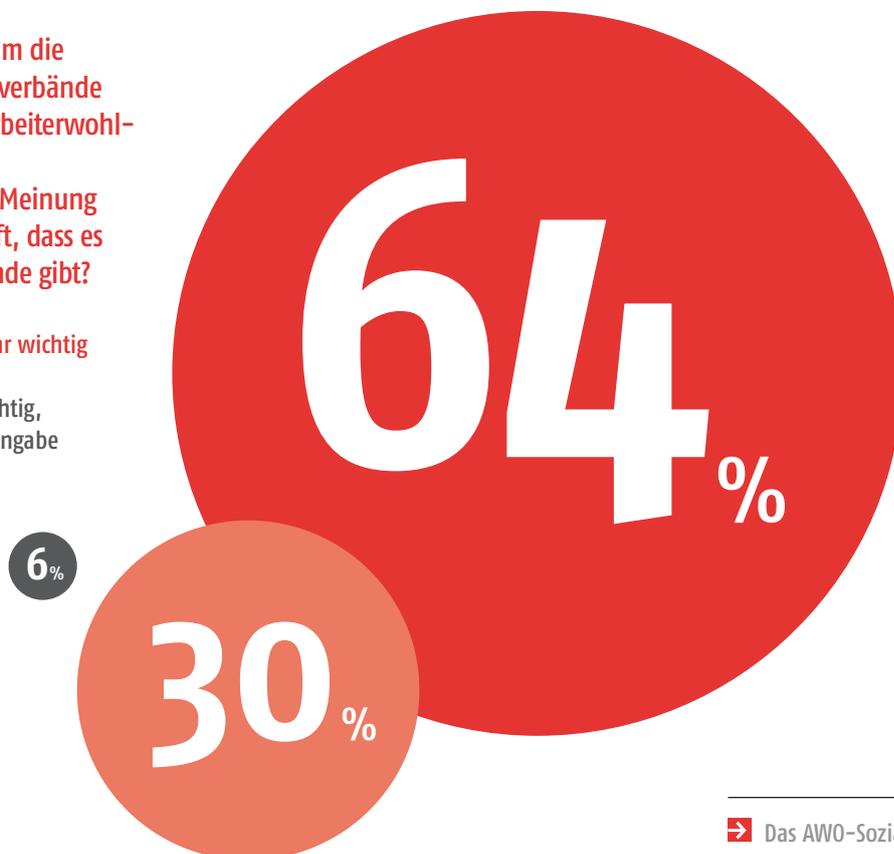
Mainstream entsprechen, aber wenn 64 Prozent der Befragten die Bedeutung von Wohlfahrtsverbänden für die Gesellschaft als »äußerst wichtig« und »sehr wichtig« (und immer noch 30 Prozent als »wichtig«) und nur zwei Prozent ihre Existenz als »unwichtig« erachten, dann ist dies ein deutliches Zeichen für die Bedeutung von Wohlfahrtsverbänden in der Wahrnehmung der Menschen. Dass 69 Prozent der Menschen die Hauptaufgabe der Wohlfahrtsverbände darin sehen, Bedürftige zu unterstützen und soziale Hilfe zu leisten, ergänzt nur das positive Bild innerhalb der Bevölkerung.

Wenn die Verbände selbstbewusst und selbstkritisch zugleich ihre Arbeit verrichten, werden sie auch in Zukunft eine wesentliche Rolle im wohlfahrtsstaatlichen Gefüge Deutschlands einnehmen. ❤

Im Folgenden geht es um die Wohlfahrts- und Sozialverbände wie zum Beispiel die Arbeiterwohlfahrt oder die Caritas.

Wie wichtig ist es Ihrer Meinung nach für die Gesellschaft, dass es diese Wohlfahrtsverbände gibt?

- äußerst wichtig und sehr wichtig
- wichtig
- weniger wichtig, unwichtig, weiß nicht oder keine Angabe



➔ Das AWO-Sozialbarometer fragt einmal im Quartal nach sozialpolitisch relevanten Themen in Deutschland. Es erfolgt in Kooperation mit dem Institut TNS Infratest. Vertiefende Informationen unter www.awo-sozialbarometer.org.



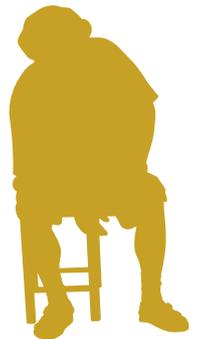
Worin sehen Sie die
Hauptaufgabe der
Wohlfahrtsverbände?

BEDÜRFTIGE UNTERSTÜTZEN, SOZIALE HILFE LEISTEN 69%

**KINDER- UND
JUGENDHILFE**
23%



GESUNDHEITSHILFE
17%



FAMILIENHILFE
16%



BEHINDERTENHILFE
18%



**ALTENPFLEGE
UND ALTENHILFE**
35%

BEHINDERUNG / ENGAGEMENT.

»Ich hatte mich bei dem Projekt ›Barrieren überwinden‹ der AWO in Dresden beworben, um gemeinsam mit den Staatlichen Kunstsammlungen den ›Workshop der Sinne – Museum im Dunkeln‹ zu konzipieren. Ich bin durch einen unverschuldeten Autounfall seit vier Jahren zu 100 Prozent blind und wollte etwas tun, was mir Spaß macht und mit Menschen zu tun hat.«

Martina Buchner, Dresden



EHRENAMT.

»Ich engagiere mich seit vier Jahren ehrenamtlich, um andere Ehrenamtliche für interessante Aufgaben zu vermitteln. Daneben organisiere ich Corporate-Social-Responsibility-Projekte für und in AWO-Einrichtungen und unterstütze den Büroalltag im Kreisverband Südost.«

Petra Große-Hartlage, AWO Kreisverband
Berlin-Südost





KITA.

»Ich bin Erzieherin in einer Kindertagesstätte. Mir gefällt die Arbeit mit Kindern und Familien aus allen Nationen und Situationen; ebenso der konfessionslose Ansatz. Dies alles passt sehr gut zu meinen eigenen Vorstellungen von sozialem Engagement.«

Nadia Rhouzzal, Erzieherin in einer AWO-Kita in Solingen

Echt AWO.

Engagement ist tief in der Tradition der AWO verwurzelt. Entsprechend müssen vielfältige Angebote, die alle Menschen wahrnehmen können, erhalten bleiben. Für den gesellschaftlichen Zusammenhalt!



MIGRATION / VORSTANDSARBEIT.

»Ich weiß aus eigener Erfahrung, wie hilfreich die Angebote der Arbeiterwohlfahrt sind. Deshalb begleite ich als Gruppenleiter seit zehn Jahren die Selbsthilfegruppe ›Sucht‹ in Dahlenburg. Wir bieten ein Forum für Interessenten und Betroffene, die sich mit allen Fragen von Sucht auseinandersetzen wollen.«

Thomas Evers, AWO Regionalverband Lüneburg / Uelzen / Lüchow-Dannenberg

ECHTES ENGAGEMENT.
ECHTE VIELFALT.
ECHT AWO.

Weitere Informationen zur Aktionswoche
unter www.echt-awo.org

Vielfalt und echte Teilhabe fördern den Zusammenhalt

Die Beachtung von Vielfalt und Förderung von Teilhabe hat Konjunktur – positive Aussagen, mit denen es sich gut schmücken lässt. Was heißt dies aber konkret? Und wer bestimmt die Vielfalt und wessen Teilhabe?

AUTOR GUNNAR WÖRPEL

Die AWO wurde von Marie Juchacz nicht ohne Grund auf universellen Werten gegründet: Alle Menschen in der Gesellschaft haben Rechte, kein Mensch darf in Not »liegen gelassen werden«. Weder die Geburt in einen Stand noch die Zugehörigkeit zu einer Religion oder Nationalität dürfen grundsätzliche humanitäre Bedürfnisse und Rechte einschränken. Die AWO sollte auf den Werten der Arbeiterbewegung, aber nicht nur für die Arbeiterbewegung bestehen. Wohlfahrtsfürsorge für alle und eine bessere, auf

Augenhöhe agierende Wohlfahrtsfürsorge war das Motto. Umgesetzt wurde dies vor 90 Jahren ganz wesentlich ehrenamtlich – andere Ressourcen standen der AWO damals kaum zur Verfügung. Not sollte sich aber auch nicht permanent wiederholen, es brauchte politische Lösungen. Und für beides brauchte die AWO Menschen.

Aktualität der Historie

So manches wurde erreicht – wichtige Rechtsansprüche konnten in der sozialstaatlichen Entwicklung etabliert werden und zweifellos haben wir in Deutschland eine bessere materielle Versorgung von Menschen in Not als noch zu Beginn des vorherigen Jahrhunderts. Gänzlich überholt sind die Gründungsnotwendigkeiten der AWO jedoch leider nicht. Die Unterschiede zwischen Armut und Reichtum sind gegenwärtig drastischer als früher; Armut in einer reichen Gesellschaft ist auf empörende Art und Weise Realität. Armut schließt nicht mehr vom Wahlrecht aus wie zu Kaiserzeiten, aber in Armut lebende oder von Armut bedrohte Menschen nehmen dieses erkämpfte Grundrecht weniger in Anspruch. Unsere Demokratie wird aber auch von historisch betrachteten neuen Entwicklungen bedroht, etwa durch Globalisierungsprozesse oder die Übermacht von finanzwirtschaftlichen Partikularinteressen, wie es Claus Leggewie im Interview dieser Ausgabe bemerkt.

»Gänzlich überholt sind die Gründungsnotwendigkeiten der AWO jedoch leider nicht. Die Unterschiede zwischen Armut und Reichtum sind gegenwärtig drastischer als früher; Armut in einer reichen Gesellschaft ist auf empörende Art und Weise Realität.«

Neue Zeiten

Mit der Modernisierung der Gesellschaft und der Globalisierung sind auch neue Lebensentwürfe und -modelle entstanden: Die Menschen leben bewusst oder auch notgedrungen anders als noch zu Zeiten der traditionellen Formen von Familie und Erwerbsarbeit. Sie bewegen sich globaler, sind an mehreren und keinem Standort sesshaft und haben in einer Freizeitgesellschaft gleichzeitig wenig Zeit für Familie, Beruf und Engagement. Auf viele Veränderungen und Herausforderungen durch diese Entwicklung reagiert die AWO und bietet Beratung und vielfältige professionelle Dienstleistungen für das tägliche Leben an: für Kinder und Jugendliche, alleinerziehende Frauen und Männer, Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit Behinderung oder Beeinträchtigung, Menschen, die erwerbslos sind, Menschen mit einer Suchterkrankung – um nur ein paar wenige Bereiche →

AWO AKTIONSWOCHE 2015

»Echtes Engagement. Echte Vielfalt. Echt AWO.« Engagement ist tief in der Tradition der AWO verwurzelt und nicht zuletzt der Impuls, eine AWO-Aktionswoche vom 13. bis 21. Juni 2015 bundesweit durchzuführen und über zahlreiche soziale Themen aus erster Hand zu informieren. Unter www.echt-awo.org finden Sie bereits jetzt weiterführende Hinweise zu Veranstaltungen der AWO im gesamten Bundesgebiet im Rahmen dieser Woche.



AWO Bundesverband • Berit Gründler
Tel 030/26309445 • berit.gruendler@awo.org
www.echt-awo.org



JUGEND / DEMOKRATIE / TOLERANZ.

»Ich arbeite seit 20 Jahren in der AWO-Tagesgruppe Kalbe / Milde. Die Tagesgruppe ist eine beratende, unterstützende und entlastende Hilfemaßnahme. Hier werden Kinder nach Schulschluss in einer Gruppe betreut und durch schulische sowie soziale Förderung unterstützt. Zudem bin ich der Gleichstellungsbeauftragte der AWO Sozialdienst Altmark GmbH und Projektleiter von »Körbe gegen Gewalt«. Bei der AWO werden Toleranz, Demokratie und Gleichberechtigung gelebt. Nicht zuletzt im Projekt »Körbe gegen Gewalt«. Hier werden Fairness, Moral, Ehrgeiz und Teamgeist gefördert. Das Projekt verzeichnet einen ständigen Zuwachs an Mitgliedern und es wird deutlich: Es geht beim Basketballspiel nicht nur um Punkte, sondern sehr viel mehr um die Möglichkeit des Zeitvertreibs und des sozialen Engagements.«

Thomas von Glahn, AWO Sozialdienst Altmark GmbH

Pädagogische Hilfe

1991 gründete sich die Arbeiterwohlfahrt in der Altmark und entwickelte sich in Ortsvereinen, Stadt- und Kreisverbänden und anderen Betriebsformen zu einem kompetenten und verlässlichen Partner für soziale Dienstleistungen vor Ort. Die Tagesgruppe, in der Thomas von Glahn arbeitet, ist eine beratende, unterstützende und entlastende Hilfemaßnahme gemäß SGB VIII § 27, § 32, in der Kinder nach Schulschluss in einer Gruppe betreut und durch schulische sowie soziale Förderung unterstützt werden. Dabei wird viel Wert auf die Unterstützung der Eltern in der Tagesgruppe und zu Hause gelegt und sie werden durch Elternberatung und Elterntraining gefördert.

In der Tagesgruppe werden Mädchen und Jungen im Alter von 7 bis 14 Jahren, Kinder aus belasteten familiären Beziehungsverhältnissen (etwa bei Trennungen, Arbeitslosigkeit, Krankheiten u.a.) und Kinder mit Schwierigkeiten im Sozial- und/oder Lernverhalten (Verhaltensauffälligkeiten, Aggressionen, Konzentrationschwäche, mangelndes Selbstwertgefühl, Lerndefizite und mangelnde Konfliktbewältigung) betreut. Primäres Ziel der Tagesgruppe ist die Förderung der sozialen Fähigkeiten des Kindes durch soziales Lernen in der Gruppe. 

 AWO Kreisverband Altmark e. V. / AWO Sozialdienst Altmark GmbH
Tel 039080 / 979-0 • info@awo-aksaw.de

FRAUEN / EHRENAMT / VORSTANDSARBEIT.

»Ich bin seit 25 Jahren Mitglied der AWO und ehrenamtlich im Vorstand des Ortsvereins Spenge Mitte tätig und u.a. mitverantwortlich für die Planung und Veröffentlichung des Jahresprogrammes und die Durchführung der Veranstaltungen. Zudem bin ich Ansprechpartnerin für den AWO-Frauengesprächskreis IMPULSE im Ortsverein. Hier und da begleite ich Gruppen auf Reisen, die der AWO Kreisverband Herford organisiert. Durch die Gründerin Marie Juchacz hat die AWO eine weibliche Tradition. Dies kommt mir sehr nahe. In meiner Familie ist die Verbindung zur AWO eigentlich immer schon da gewesen: Meine Oma wurde von der AWO betreut; mein Sohn besuchte eine AWO-Kita. Es lag also quasi auf der Hand, meine frei gewordene Zeit und meine Kompetenzen nach Ende meiner Berufstätigkeit als Lehrerin in der AWO engagiert und kreativ einzubringen.«

Rosy Kiefer-Hessedenz

Die AWO in Spenge

Der AWO Ortsverein in Spenge bietet ein abwechslungsreiches Programm vor Ort. Alle 14 Tage gibt es einen sogenannten Seniorenclub, zu dem Senioren auf ein Tässchen Kaffee oder Tee zusammenkommen und ungezwungen miteinander plaudern können. Einmal im Monat trifft sich der Frauengesprächskreis »Impulse«, bei dem auch Rosy Kiefer-Hessedenz engagiert mitwirkt. Der Kreis ist aus einem Internationalen Frauenfrühstück hervorgegangen. Nun treffen sich regelmäßig bis zu 40 Frauen aus vielen Nationen. Die »jungen Alten« gestalten ihre Freizeit gemeinsam oder organisieren, was gewünscht wird, wie zum Beispiel Sprachkurse, Fahrradtrainings und Schwimmbadbesuche für Migrantinnen. Alle Frauen, unabhängig von Alter und Herkunft und Mitglied oder nicht, sind eingeladen. In Projekten, auf Reisen und im Ortsverein lassen sich sinngebende gesellschaftspolitische Tätigkeiten verknüpfen mit Geselligkeit unter Gleichgesinnten. Der Ortsverein muss wie viele andere Ortsvereine der AWO auch um neue Mitglieder werben. Sinnvoll mag es daher erscheinen, dass sich im Sommer der Ortsverein mit benachbarten AWO Ortsvereinen trifft, um gemeinsam auszuloten, wie man die Angebote und die Arbeit vor Ort stärken kann. 

➔ AWO Ortsverein Spenge • Reiner Tiemann (Vorsitzender)
Tel 05225 / 4769

anzuführen. Ziel ist es dabei auch, Teilhabe am Erwerbsleben durch Förderung der Bildung, Betreuung der Kinder oder Eltern oder Beratung zu wichtigen Lebensfragen zu ermöglichen. Teilhabe ist aber nicht nur Teilhabe am Arbeitsmarkt. Wer sich etwa bei der AWO engagiert, hat noch mehr und vielfältigere Möglichkeiten zur Teilhabe: Teilhabe als Engagement in der sozialpolitischen Lobbyarbeit, Teilhabe an der Idee einer solidarischen Gesellschaft durch freiwilliges Engagement in Projekten oder Einrichtungen, Teilhabe durch Geselligkeit in einem Verband. Die AWO setzt sich für ein breites Verständnis von Teilhabe ein und sieht dies immer im Zusammenhang mit demokratischen Rechten. Diese Vielfalt wird tagtäglich gelebt, ist öffentlich zu wenig bekannt und durch die Selbstverständlichkeit vielleicht auch etwas in Vergessenheit geraten. Um der breiteren Öffentlichkeit zu zeigen, dass die AWO Teilhabe durch Bildung, Beratung, Betreuung, Engagement und sozialpolitische Lobbyarbeit ermöglicht und ein Verband mit Tradition ist, gibt es im Juni 2015 eine bundesweite Aktionswoche zum Thema »Echtes Engagement. Echte Vielfalt. Echt AWO.«.

»Engagement ist für die AWO eine wichtige Form von Teilhabe und praktizierte Solidarität ein essenzieller Wert. Engagement ist aber kein sozialpolitischer Lückenbüßer. Anders als manch politisch oder wirtschaftlich Verantwortlicher sieht die AWO im freiwilligen Engagement keine Lösung etwa für mangelnde Fachkräfte.«

Gesichter der Vielfalt

Um die Vielfalt auch mit Gesichtern aus der AWO zu zeigen, suchten wir in der AWO Menschen, die bereit sind, sich porträtieren zu lassen. Die Resonanz war überwältigend. Die AWO braucht sich nicht zu verstecken – ihre engagierten Frauen und Männer tun es auch nicht. Der Slogan ist also mehr als ein Werbespruch, er ist Realität. In den Plakaten und Porträts der ausgewählten Engagierten finden sich die Themen und die Vielfalt der Zielgruppen von Teilhabe wieder. Die Aktionswoche zeigt Vielfalt und Teilhabe ganz praktisch, ohne diese Begriffe ständig zu benutzen.

An Hunderten von Standorten bundesweit haben sich Gliederungen zusammengeslossen oder führen alleine Aktionen durch. Die Resonanz in der Öffentlichkeit ist bereits sehr beachtlich.

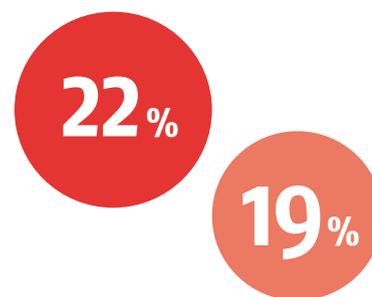
Engagement ist für die AWO eine wichtige Form von Teilhabe und praktizierte Solidarität ein essenzieller Wert. Engagement ist aber kein sozialpolitischer Lückenbüßer. Anders als manch politisch oder wirtschaftlich Verantwortlicher sieht die AWO im freiwilligen Engagement keine Lösung etwa für mangelnde Fachkräfte. Engagement als Teilhabe benötigt grundsätzlich eigene Strukturen zur Förderung, Begleitung und Anerkennung. Mit einer Aktionswoche allein ist das gesamte Anliegen nicht zu schaffen und mit der vorliegenden AWO Ansicht die Debatte keineswegs abschließend geführt. Das ist völlig klar. Wir hoffen aber, damit Impulse nach innen und außen zu setzen, neugierig auf die AWO zu machen und mehr Menschen zu uns zu führen. Denn: Vielfalt ist Normalität, die nur erkannt werden muss. Teilhabe ist leicht zu erkennen, aber noch keine Normalität.

Die AWO kann den Menschen vielfältigere Teilhabemöglichkeiten bieten, als es reine private Dienstleistungsunterneh-

ENGAGEMENT IM VERBAND

Haben Sie schon einmal über ein eigenes Engagement in einem Verband wie der AWO oder der Caritas nachgedacht oder sind Sie bzw. waren Sie dort ehrenamtlich tätig?

- Bin bzw. war dort ehrenamtlich tätig
- Habe nur darüber nachgedacht



➔ Weitere Informationen
AWO-Sozialbarometer April 2015
www.awo-sozialbarometer.org

men im Sozialbereich tun. Dabei muss sie ihre Angebote im Verband und den Unternehmen immer wieder prüfen und an die Entwicklungen der Gesellschaft anpassen. Notwendig sind ebenso die richtigen politischen Rahmenbedingungen, die Engagement als Teil einer vitalen Demokratie und nicht als Last begreifen.

Daher müssen AWO und andere sich gegen eine Vereinnahmung des Engagements wehren. Dazu braucht die AWO wie zur Gründungszeit Menschen, die mitmachen, die sich engagieren. ♡

➔ Gunnar Wörpel • Tel 030 / 26309257
gunnar.woerpel@awo.org
➔ Susanne Rindt • Tel 030 / 26309444
susanne.rindt@awo.org

Zukunft von Teilhabe, Engagement und Demokratie



Kaum ein anderer Politikwissenschaftler in Deutschland kennt Wissenschaft und Praxis von Politik so gut wie Claus Leggewie. Ein Gespräch über die Herausforderungen für eine vitale und zukunftstaugliche Demokratie in Deutschland.

INTERVIEW PETER KULEGA

Herr Prof. Leggewie, Sie sprachen einmal davon, dass Intellektuelle »die Aufgabe haben, an der Rekonstruktion der Demokratie mitzuwirken«. Wie müsste eine solche »Rekonstruktion« aussehen?

LEGGEWIE Überschaute man die nationale und internationale Debatte und Teile der wissenschaftlichen Diskussion, gewinnt man den Eindruck, die Energie, die für die Kritik an den Defiziten, aber auch an den normativen Grundlagen der freiheitlichen Demokratie aufgewendet wird, überwiege bei Weitem, was zu ihrer experimentellen Verbesserung und Erweiterung geschieht. Oft nimmt diese Kritik auch im Westen defätistische Züge an, als wären die Grundfesten schon nachhaltig erschüttert. Der gefährlichste Vorstoß kommt von den politischen Verfechtern einer »illiberalen«, »gelenkten« Demokratie, als die sich sehr selbstbewusst der russische Präsident Wladimir Putin und der ungarische Premier Viktor Orbán profilieren.

Aber es gibt doch auch Mängel, oder?

LEGGEWIE Dass die Demokratie, wie wir sie kennen und in Deutschland seit 1945/1990 praktizieren, Mängel hat, also Winston Churchills Verdikt zutrifft, Demokratie sei von allen schlechten Regierungsformen die beste, ist unbestreitbar. Demokratie ist aber nichts ein für alle Mal Gewonnenes, sie hat auch keine Überlebensgarantie, bedarf also der ständigen Erneuerung. Auf einer festen normativen Grundlage muss der Ansporn sein, sie an neue Herausforderungen anzupassen und sie besser zu machen.

»Wenn Entscheidungen in Washington, Brüssel und Frankfurt am Main getroffen werden, werden die Legitimationsketten zu lang und reißen Repräsentationslücken auf. Das wissen wir seit Langem, aber wir tun zu wenig dagegen.«

Welche Herausforderungen meinen Sie konkret?

LEGGEWIE Die sehe ich vor allem in der Globalisierung, in der Übermacht und Verselbstständigung von finanzwirtschaftlichen Partikularinteressen, die den politisch Handelnden diese als »alternativlos« aufzwingen wollen, und in der damit verbundenen sozialen Ungleichheit, die sich negativ auf das demokratische System auswirkt, weil sie Enttäuschung, Abwanderung und destruktive Wut erzeugt. Ein weiteres Element ist die wachsende Über-Politisierung der Religionen, die den säkularen Staat, die Trennmauer zwischen Religion und Politik einreißen will, der ebenso eine Grundlage moderner Demokratie war wie der nationale Staat, in dem Regierende und Regierte territorial zur Deckung kamen und Rechenschaftspflichten nachvollziehbar waren. Wenn Entscheidungen in Washington, Brüssel und Frankfurt am Main getroffen werden, werden die Legitimationsketten zu lang und reißen Repräsentationslücken auf. Das wissen wir seit Langem, aber wir tun zu wenig dagegen.

Was kann und sollte langfristig von wem getan werden?

LEGGEWIE Parteien sind in der repräsentativen Demokratie die Hauptmittler von Politik. Sie müssten sich sehr viel stärker um Nicht-Mitglieder, aber Aktiv-Bürger, die etwas tun wollen, bemühen; die Parteien müssen sich Formate zwischen formeller Mitgliedschaft und demoskopischer Zustimmung schaffen, in denen sie eine Kommunikation mit Bürgern aufbauen.

Welche Gefahren drohen denn, wenn diese Repräsentationslücken nicht mehr geschlossen werden können?

LEGGEWIE Wir sehen ja schon, was passiert: In vielen Städten und Gemeinden – und eben nicht nur auf dem flachen Land – in demografisch schrumpfenden Gebieten haben sie das Problem, überhaupt noch

politisches Personal für die Aufstellung zur Kommunalwahl oder für Oberbürgermeisterposten zu bekommen. Die Personalrekrutierung für Ämter schwindet. Das bedeutet natürlich, dass die Verwaltungsfunktionen von Städten und Gemeinden zunehmend in Mitleidenschaft gezogen werden.

Ist der Verdruss gegenüber »den« Politikern und »der« Politik nicht manchmal auch ein bisschen beängstigend?

LEGGEWIE Ja, absolut. Und den Verdruss darf man auch nicht für »begründet« erklären. Nichts bei Pegida hat gute Gründe. Die Bereitschaft zu meckern, die Bereitschaft auch zum Pöbeln, die Bereitschaft, den gesamten politischen Betrieb zu diskreditieren, hat enorm zugenommen. Pegida ist nur die Spitze des Eisberges. Es gibt geradezu eine Verachtung des politischen Personals, die dieses wirklich nicht verdient hat.

»Das Vordringen des Populismus hängt auch damit zusammen, dass das politische Personal Dinge nicht mehr erklärt, auch gar nicht mehr zum Gegenstand einer wie auch immer gearteten politischen Alternative macht.«

Was sind die Gründe?

LEGGEWIE So strahlt meines Erachtens die individualisierte Ellbogengesellschaft in die Politik zurück. Das heißt: Anfangs waren es ja die Kräfte des Marktes und der Unternehmen, die immer gewettert haben gegen »die« Politik; wie überflüssig diese sei und dass man die Märkte sozusagen selbst funktionieren lassen will. Es wurde also kräftig an dem Ast gesägt, auf dem wir alle sitzen. Mit den Abstiegsorgen, die weit in die obere Mittelschicht hinein spürbar werden, wird nun wiederum der Ruf nach Politik lauter, der Ruf nach dem Staat, der Ruf nach effizienter Organisation von sozialen Dienstleistungen.

CLAUS LEGGEWIE

Dr. Claus Leggewie ist Professor für Politikwissenschaft und Direktor des Kulturwissenschaftlichen Instituts (KWI) in Essen sowie des Centre for Global Cooperation Research in Duisburg. Im Bertelsmann Verlag ist sein aktuelles Buch »Politische Zeiten. Beobachtungen von der Seitenlinie« erschienen.



Glauben Sie, der Ernst der Lage ist von politisch Verantwortlichen erkannt?

LEGGEWIE Ja, aber sie neigen zu Business as usual und zum Schönreden. Man darf nicht vergessen: Das Vordringen des Populismus hängt auch damit zusammen, dass das politische Personal Dinge nicht mehr erklärt, auch gar nicht mehr zum Gegenstand einer wie auch immer gearteten politischen Alternative macht. Alles ist vermeintlich so, wie es sein muss, und anders geht gar nichts mehr. Diese radikale Entpolitisierung macht verständlich, wieso dann normale Konsumenten von Politik und jüngere Generationen die Notwendigkeit, warum sie politisch werden sollen, nicht mehr einsehen: Es steht ja sowieso nichts zur Wahl.

Teilhabe, Ermöglichung von Teilhabe ist für das Funktionieren einer Demokratie von großer Bedeutung. Was wären denn effiziente Mittel für die Ermöglichung von Teilhabe?

LEGGEWIE Demokratien zeichnen sich dadurch aus, dass man sich beteiligen kann, aber nicht muss. Es gibt Menschen, die sich vom politischen Betrieb fernhalten und höchstens wählen gehen; es gibt Aktivbürger, die sich mit der bloßen Stimmabgabe unterfordert fühlen und mehr selbst gestalten wollen. Diesen Menschen Ressourcen und Möglichkeiten zu verschaffen (also Zeit, Räume, open access, Kommunikationsmedien, Anknüpfungspunkte, gesetzliche Mitbestimmung), ist die Aufgabe von Politik. Doch heute werden öffentliche Räume privatisiert, Kommunikation als Medienereignis inszeniert und so weiter. Zugleich wird Bürgerbeteiligung zum Mantra erhoben, auch wenn es sich oft um schlecht vorbereitetes und durchgeführtes Partizipation handelt oder um Politprojekte ohne Anschluss. Die Forschung und Beratung beim Kulturwissenschaftlichen Institut (KWI) in Essen zielt in die Richtung, wie man Politikbeteiligung nachhaltig macht, die Partizipation also zum einen institutionell verstetigt, zum anderen in Politikroutinen einbaut und selbstverständlich werden lässt.

Beispiele?

LEGGEWIE Wir möchten in Gemeinden, Ländern und auf Bundesebene Zukunftsräte fest installieren, die nicht nur Krisenmanagement betreiben (wie bei »Stuttgart21«), sondern Fragen angehen, die für die nächsten 20 oder 40 Jahre anstehen: etwa die Folgen des demografischen Wandels, die Errichtung alternativer Verkehrs- und Energieinfrastrukturen, die Quartiers- und Stadtentwicklung. Diese Räte stellen wir uns als Mehr-Generationen-Dialoge vor, die auch sozialstrukturell und kulturell eine gute →

»Wenn wir es jetzt noch schaffen, aus der Wut-Energie eine Mut-Energie zu machen, wird es wieder mehr politisches Engagement geben. Der nächsten Generation wird ständig gesagt: Ihr werdet es einmal schlechter haben als wir – und das hat eigentlich noch keine Generation einfach hingenommen.«

Mischung aller Bevölkerungskreise abbilden und professionell moderiert werden. Zusammen mit bestehenden Beteiligungsinstrumenten ergäbe das eine Konsultative, eine »vierte Gewalt«, deren Ergebnisse Legislative und Exekutive nicht binden, aber von ihnen systematisch berücksichtigt werden müssen.

Wie sind die Räte legitimiert?

LEGGEWIE Legitimation erhält der Rat dadurch, wenn etwa der Gemeinderat die Personen einsetzt. Es handelt sich nicht um eine Wahl, sondern um eine Berufung oder um ein Losverfahren; das müssen wir uns noch durch den Praxistest ermitteln.

Glaubwürdigkeit entsteht durch Reputation der Leute, die ehrenamtlich tätig sind und sich fürs Gemeinwohl einsetzen. Aber sie werden die Legitimationsfrage immer wieder gestellt bekommen, der Gefahr Cliquenwirtschaft kann nur durch ein höchstes Maß an Transparenz vorgebeugt werden, aber sie kann nie ganz ausgeschlossen werden.

In Debatten über die Vitalisierung und Zukunft von Demokratie wird immer auch auf die Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements verwiesen. Haben Sie den Eindruck, dass eine Kluft besteht zwischen der öffentlichen Beteiligungsrhetorik der Sonntagsreden und der tatsächlichen Praxis?

LEGGEWIE Ehrenamtliches Engagement ist selektiv. Es erstreckt sich eher auf hippe Sachen als auf das mühsame Freiwillige-Feuerwehr-Dasein. Auch hier lassen – und das werden Sie als AWO ja auch feststellen – traditionelle Themen und Ansätze nach, die mit schlichter Daseinsvorsorge und dem Wohlfahrtsstaat verbunden sind. Erschwerend kommt hinzu, dass viele Ehrenamtliche merken, dass sie den Ausputzer spielen sollen.

Das heißt?

LEGGEWIE Das heißt: Der Staat zieht sich zurück aus seiner eigentlichen Verantwortung, und Ehrenamtliche sollen es machen. Das ärgert viele. Ehrenamt, Bürgerbeteiligung und die Wiedereinsetzung eines

gestärkten Staates in seiner ursprünglichen Funktion der Gewährleistung von Sicherheit, Daseinsvorsorge wie auch des Ermöglichens von Bildungschancen und von Lebenschancen insgesamt müssten parallel laufen. Dies wäre dann wiederum auch der Engagementbereitschaft zuträglich.

Welche Rolle spielen in der Organisation von Teilhabe Verbände wie die AWO? Welche Rolle sollten sie spielen?

LEGGEWIE Ich habe das Gefühl, dass die AWO und andere in den Strudel der Abwertung allen wohlfahrtsstaatlichen Engagements geraten sind. Die gesamte Arbeiterbewegung – also Partei, Gewerkschaft, Genossenschaft und eben Sozialverbände – müsste vor allem überlegen, wie sie in der Diskussion über die Ausrichtung und die Gestaltung des Arbeitsmarktes und der Solidarität wieder ein Wort mitreden kann. Das heißt: Aus der Defensive herauskommen und über Elemente wie etwa das garantierte Grundeinkommen offensiv diskutieren. Ebenso sind viele ökologische Fragen soziale Fragen, die offensiv diskutiert werden sollten.

Was glauben Sie, wie es um die demokratische Verfasstheit in Deutschland in zwanzig Jahren bestellt sein wird?

LEGGEWIE Viel besser als heute.

Was stimmt Sie so optimistisch?

LEGGEWIE Mein Naturell und die Beobachtung sozialer Bewegungen seit Jahrzehnten, auch in der Geschichte. Man lernt, dass es »Aufs« und »Abs« gibt. Und im Moment sind wir am Ende einer »Ab«-Phase und gehen wieder rein in eine »Auf«-Phase. Das ist zyklisch. Es ist derzeit auf allen Ebenen so, dass der Frust sich Bahn bricht. Wenn wir es jetzt noch schaffen, aus der Wut-Energie eine Mut-Energie zu machen, wird es wieder mehr politisches Engagement geben. Der nächsten Generation wird ständig gesagt: Ihr werdet es einmal schlechter haben als wir – und das hat eigentlich noch keine Generation einfach hingenommen. 



MIGRATION / SENIOREN.

»Als ich Rentner wurde, sagte mir meine Frau: »Du sitzt mir nicht den ganzen Tag zu Hause herum; geh und mach was«. Mein Arzt empfahl mir seinerzeit die Seniorengruppe im AWO-Begegnungszentrum in Berlin-Kreuzberg. Seit etwa 15 Jahren bin ich nun dort und inzwischen ehrenamtlich für eine türkischsprachige Seniorengruppe verantwortlich. Wir treffen uns zweimal in der Woche zum Teetrinken, Essen, Spielen und um uns zu unterhalten. Daneben helfe ich bei zahlreichen Aktivitäten und Aktionen des Begegnungszentrums, etwa bei Ständen zur Eröffnung der Berliner Seniorenwoche, bei Stadtteulfesten oder Bazaren. Ich habe mich von Beginn an bei der AWO wohlfühlt, weil die AWO meiner Frau und mir seit Langem als die Beratungsstelle für türkische Arbeitnehmer und deren Familienangehörige »Türkdanis« bekannt und vertraut ist.«

Sehmus Kargi, AWO-Begegnungszentrum in Berlin-Kreuzberg

Im Kiez verankert

Das Begegnungszentrum in Berlin-Kreuzberg ist ein wichtiger Bezugspunkt für Menschen mit Migrationshintergrund. Es sind vor allem Einwanderer der 1. Generation, die zusammenkommen. Diese Generation hat gezeigt, dass es, trotz mancher Sprachbarrieren, viel mehr Gemeinsamkeiten zwischen unterschiedlichen Kulturen gibt, als manche Leute denken. Das Begegnungszentrum verfügt über ein weit gespanntes Netzwerk in ganz Berlin. Dazu tragen immer wieder auch regelmäßige Aktionen bei. Etwa bei der Aktion »Buntes Kreuzberg«. Diese Aktion wurde erstmals 2001 im Rahmen des »Berliner Freiwilligentages« durchgeführt und maßgeblich vom Begegnungszentrum vorangetrieben. Inzwischen kommen alljährlich viele Freiwillige aus der Nachbarschaft zusammen, um ihre eigene Umgebung zu putzen, zu begrünen und im Kleinen umzugestalten. Kurz: den Kiez »aufzuhübschen«. Sehmus Kargi sorgt dabei gerne für das leibliche Wohl. »Ich koche eine sehr gute Linsensuppe. Sie ist unter den Besuchern des Begegnungszentrums bekannt, beliebt und berühmt. Kein Empfang im Begegnungszentrum ohne meine rote Linsensuppe, nach der alle zuerst fragen, wenn es etwas zu feiern gibt«, berichtet er schmunzelnd. ❤️

➔ AWO-Begegnungszentrum in Berlin-Kreuzberg
Tel 030 / 69535611 • begegnungszentrum@awo-spree-wuhle.de
www.begegnungszentrum.org

MIGRATION / VORSTANDSARBEIT.

»Ich bin beruflich in der Leitung des AWO-Clearinghauses, Fachstelle für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Bielefeld tätig. 13 Jahre habe ich mich ehrenamtlich im Jugendwerk der AWO auf den verschiedensten Ebenen engagiert, mich aktiv an der Gestaltung des Verbandes beteiligt und dabei für die Rechte von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Sinne der Werte des Jugendwerkes und der AWO eingesetzt.«

Daniel Kröger, AWO Ortsverein Quelle

Betreuung von Jugendlichen

Das AWO-Clearinghaus Bielefeld ist eine stationäre Einrichtung der Erzieherischen Hilfen nach § 42 SGB VIII für 18 unbegleitete, minderjährige, männliche Flüchtlinge, die aufgrund ihrer Fluchterfahrung und mangelnden Sprachkenntnisse einen hohen Betreuungsbedarf haben, um eine Lebensperspektive zu bilden. Zielgruppe sind männliche Jugendliche im Alter von 16 und 17 Jahren, die ohne Sorge- bzw. Erziehungsberechtigte nach Deutschland eingereist sind. Während der Zeit des Clearingverfahrens geht es zunächst um die Sicherung der Grundbedürfnisse der Jugendlichen. Die Klärung ihrer gesundheitlichen Situation, ihrer Bildungsmöglichkeiten, ihres aufenthaltsrechtlichen Status und ihrer individuellen Zukunftsperspektive steht danach an. Das Jugendwerk der AWO ist der eigenständige Kinder- und Jugendverband der Arbeiterwohlfahrt. Der Schwerpunkt der Aufgaben des Jugendwerkes liegt in der Gruppenarbeit mit Kindern und Jugendlichen. ❤️

➔ AWO-Clearinghaus Bielefeld • Clearingfachstelle für unbegleitete, minderjährige Flüchtlinge • Tel. 0521/988343-0
clearinghaus@awo-owl.de • www.awo-clearinghaus-bielefeld.de
➔ Bezirksjugendwerk der AWO OWL • Tel 0521/9216470
www.jugendwerk-owl.de

Nein zur Bürokratisierung von Teilhabe



Wolfgang Altenbernd war in den letzten knapp drei Jahrzehnten eine der prägenden Figuren in der AWO. Im Interview entwirft er skizzenartige Szenarien zur Bedeutung und Zukunft von Teilhabe.

INTERVIEW PETER KULEBA

1 Herr Altenbernd, rückblickend und aus Ihrer jahrzehntelangen Erfahrung in verantwortungsvoller Position innerhalb der AWO: Wie groß ist die Bedeutung von organisierter Teilhabe für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft?

Eine der wichtigsten Voraussetzungen für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft ist die Möglichkeit der Teilhabe für alle Menschen. Diese Teilhabe kommt allerdings nicht von selbst – quasi automatisch. Die Rahmenbedingungen für eine gleichberechtigte Teilhabe müssen entwickelt werden. Dies führt zu mehr Gerechtigkeit. Gerechtigkeit – und damit auch Teilhabe – ist eine unabdingbare Voraussetzung für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft, in allen demokratischen Gesellschaften.

WOLFGANG ALTENBERND

Wolfgang Altenbernd ist zum 31. März 2015 nach 27 Jahren als Geschäftsführer des AWO Bezirksverbandes Westliches Westfalen altersbedingt ausgeschieden. Mit rund 40.000 Mitgliedern ist der Bezirk die größte AWO-Gliederung in Deutschland und mit mehr als 1.000 Einrichtungen und Diensten sowie 17.500 Beschäftigten zugleich ein wichtiger Arbeitgeber und großes Dienstleistungsunternehmen in der Region.

➔ AWO Bezirksverband Westliches Westfalen e.V. • Tel 0231/54830
info@awo-ww.de



2 Was macht dabei die AWO besonders gut?

Die AWO ist auf einem guten Weg! Und diesen Weg muss die AWO weitergehen. Ich möchte daran erinnern, dass wir aus unserer Tradition und unserem Selbstverständnis heraus der Solidarität, der Toleranz, der Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit verpflichtet sind. Diese Werte müssen entsprechend den gesellschaftlichen Veränderungen weiterentwickelt werden. Das ist ein kontinuierlicher Prozess, ähnlich der Konstellation, die von Integration zu Inklusion führt. In bestimmten Bereichen wie Kindergärten, in Einrichtungen der Behindertenhilfe und in der Altenpflege sind wir schon gut vorangekommen. Aber wir wissen, dass Teilhabe eben mehr erfordert! Wir sind weiterhin grundsätzlich aufgefordert, Möglichkeiten der Begegnung zu schaffen und dafür zu sorgen, dass Barrieren in den Köpfen gar nicht erst entstehen. Deshalb fördern wir Vielfalt! Für uns, die AWO, ist Verschiedenheit eigentlich der Normalfall in unserer Gesellschaft.

3 Wo könnte sie sich verbessern?

Inklusion ist ein zentrales Thema. Inklusion wird allgemein mit Behindertenpolitik gleichgesetzt. Inklusion geht aber darüber hinaus. Wenn man aktuell beispielsweise die Flüchtlingsproblematik betrachtet, so ist auch das ein Bereich, der allzu oft von Diskriminierung und Ausgrenzung geprägt ist. Also auch ein Bereich, in dem Inklusion greifen muss. Wir müssen auch die Bedürfnisse dieser Menschen ernst nehmen. Wir müssen genau hinschauen, Möglichkeiten bieten und Lebensbedingungen verbessern. Und nicht immer – von Rechts wegen – recht haben wollen. Wir »verbürokratisieren« teilweise sogar Möglichkeiten für Teilhabe. Dafür gibt es zahlreiche Beispiele im Bereich der Inklusion oder konkret auch in der Pflege. Das ist ein falscher Weg! Es ist deshalb unbedingt notwendig, bürokratische Hürden abzubauen und Verhältnisse zu schaffen, wie sie die Menschen tatsächlich wollen und brauchen. ❤

Bürgerschaftliches Engagement hält unsere Gesellschaft zusammen

AUTORIN MANUELA SCHWESIG

MANUELA SCHWESIG



Manuela Schwesig, SPD, ist seit Dezember 2013 Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Die Reaktionen auf die Pegida-Bewegung und auf den Anschlag auf die geplante Flüchtlingsunterkunft in Tröglitz waren in gewisser Weise typisch: Über Protest, Hass und Gewalt wurde breit berichtet. Das ist wichtig; die Medien alarmieren, fordern politisches und gesellschaftliches Handeln ein. Schade ist, dass so wenig über die vielen Tausend Menschen berichtet wird, die gegen Pegida, für Demokratie und Vielfalt auf die Straße gehen. Selten stehen auch diejenigen im Licht der Öffentlichkeit, die Flüchtlingen konkret helfen: Menschen, die Kleider und Spielzeug sammeln, die in Flüchtlingsunterkünfte gehen, beim Deutschlernen helfen und vieles mehr. Bürgerschaftliches Engagement ist überall – und doch oft ein wenig im Schatten.

Laut Freiwilligensurvey sind ca. 23 Millionen Bürgerinnen und Bürger in unserem Land freiwillig engagiert. Dieses vielfältige Engagement ist gut für unsere Gesellschaft, denn es stärkt ihren Zusammenhalt. Das ist nicht nur eine Frage der Sichtbarkeit und der Wertschätzung, sondern auch der Zukunftsfähigkeit: Ohne bürgerschaftliches Engagement gibt es keine breit getragene Willkommenskultur für Flüchtlinge, keine gelingende Gestaltung der Folgen des demografischen Wandels, keine lebendige Demokratie. Auf die Engagierten können wir nicht verzichten!

Engagement hat einen besonderen Wert und einen Eigensinn. Es kann und soll nicht staatlich verordnet werden. Aber der Staat steht mit der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft gemeinsam in der Verantwortung, Engagement zu fördern. Als die für Engagementpolitik

zuständige Ministerin steht für mich im Vordergrund, Bürgerschaftliches Engagement zu stärken und nachhaltige Rahmenbedingungen dafür zu schaffen. Mein Ziel ist eine Engagementpolitik, die verlässlich ist und guten Ideen zu mehr Nachhaltigkeit verhilft. Mit unseren Partnern wollen wir in einem beteiligungsorientierten Prozess vorhandenes Wissen und Ressourcen bündeln, um noch mehr Menschen für Engagement zu gewinnen, und denen, die sich engagieren, die Unterstützung zukommen lassen, die sie benötigen.

Zu unseren wichtigsten Partnern gehören die Wohlfahrtsverbände: Bei der Förderung von bürgerschaftlichem Engagement in Deutschland spielen sie eine zentrale Rolle: Neben der Arbeit, die von den 1,67 Millionen Hauptamtlichen geleistet wird, engagieren sich in den Wohlfahrtsverbänden bis zu 3 Millionen Menschen freiwillig. Die Engagierten bauen Brücken zwischen Generationen und Kulturen. Gleichzeitig ist es wichtig, immer wieder festzuhalten: Bürgerschaftliches Engagement darf nicht zum Lückenfüller werden. Zum Beispiel im Bereich der Pflege: Hier engagieren sich viele Menschen, indem sie die Arbeit von professionellen Kräften ergänzen. Sie entlasten damit die Angehörigen und die Pflegekräfte.

Die große Herausforderung aber bleibt und muss bleiben, soziale Berufe so attraktiv zu gestalten, dass sich mehr Menschen für (angemessen) bezahlte Tätigkeiten in diesen Bereichen entscheiden. Fachkräfte und Ehrenamtliche gemeinsam – auf die Balance kommt es an.

Engagement muss freiwillig bleiben – das ist die Basis. Engagement braucht Verlässlichkeit, Vertrauen und Partnerschaft auf Augenhöhe – das ist meine Engagementpolitik. Engagement verdient Anerkennung und Wertschätzung – denn gerade in gesellschaftlichen Veränderungen sind es spontane Hilfsbereitschaft, ehrenamtliche Tätigkeit und Zivilcourage, die unsere Gesellschaft zusammenhalten. ♥

IM NÄCHSTEN HEFT

Starke Frauen

Ohne starke Frauen würde es die AWO nicht geben. Ein Heft über Mut und Inspiration von Frauen in der und für die AWO.

